
Wiebke Knell

KNELL ZUR DEMO DER LANDWIRTE

28.05.2020

WIESBADEN - Wiebke KNELL, landwirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, hat der Landwirtschaft heute anlässlich der Bauernproteste in Wiesbaden ihre Unterstützung versichert und an der Demonstration teilgenommen. „Die ständigen Diffamierungen der Landwirte müssen ein Ende haben: Dass Landwirten die alleinige Schuld am angeblich schlechten Zustand der Agrarlandschaft gegeben wird, ist unerträglich. Es ist eine Frechheit, den Artenrückgang einer Berufsgruppe zuzuweisen“, sagt Knell. Sie nimmt damit Bezug auf Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD), die gesagt hatte, vor allem in der Agrarlandschaft gehe es der Natur besorgniserregend schlecht. „Ich kann gut nachvollziehen, dass die Landwirte es satt haben, ständig der Sündenbock zu sein, und deswegen begrüße ich sehr, dass sie sich gegen diese unfaire Behandlung seitens der Politik zur Wehr setzen.“

Auch auf die umstrittene Düngeverordnung geht Knell ein: „Diese Düngeverordnung ist eine vorsätzliche Schädigung der heimischen Lebensmittelversorgung. Spätestens durch Corona wissen doch nun auch die letzten, wie wichtig es ist, nicht von Importen abhängig zu sein. Wenn vom 1. Januar 2021 an eine 20-prozentige Reduzierung für Stickstoffdüngung gilt, geht das mit drastischen Ernte- und Ertragseinbußen einher.“ Dass die Düngeverordnung als Kompromiss erst vom kommenden Jahr an, also später als geplant, gelten solle, helfe den Landwirten nicht weiter: „Was heute falsch ist, wird in einem Jahr nicht richtig sein. Die verabschiedete Düngeverordnung weist nach wie vor zahlreiche fachliche und rechtliche Mängel auf, und das Messstellennetz ist nach wie vor nicht in der Lage, repräsentative Daten zu liefern“ erklärt Knell. „Es war deshalb richtig und ein gutes Signal gegenüber den Landwirten, dass die Bundesländer mit Regierungsverantwortung der Freien Demokraten dem Druck standgehalten und der Düngeverordnung nicht zugestimmt haben. Schade, dass sich die CDU in Hessen den

Grünen auch in dem Bereich untergeordnet hat.“